

Sehr geehrte Frau Eislöffel,
sehr geehrte Frau Dr. Youssef,
sehr geehrte Frau Hasenjürgen,
sehr geehrte Mitlesende,

das Dinslakener Bündnis gründete sich im Januar 2022 aus der Zivilgesellschaft heraus, um den sogenannten „Montagsspaziergängen“ etwas entgegenzusetzen. Gefährliche Verschwörungsmymen, antisemitische Erzählungen und aufkommende Demokratiefindlichkeit wollten wir nicht unwidersprochen in Dinslaken verbreiten lassen; ebenso wenig die demonstrative Verharmlosung des Corona-Virus und die Verleugnung der gesundheitlichen Folgen für Betroffene. Neben wöchentlichen Gegenveranstaltungen am Rathausplatz wurde auch das Projekt „Silent Crosses“ durch das Bündnis unterstützt, mit Zustimmung des Presbyteriums sogar ein Gedenkort auf dem evangelischen Friedhof Hiesfeld eingerichtet.

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine erweiterte sich die Ausrichtung des Bündnisses insofern, dass in voneinander getrennten Veranstaltungen eine Kundgebung und eine Menschenkette als Ausdruck des Wunsches nach Frieden, aber auch als Zeichen des Protestes gegen die Aggression des Kremls organisiert wurden.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Bündnisses steht das Bestreben, aus dem Erinnern an die Verbrechen des Dritten Reiches und an die Opfer des Holocausts Konsequenzen für heute zu ziehen. Dies haben wir nicht nur über das Reinigen der Stolpersteine zum Ausdruck gebracht, sondern auch über die Organisation einer Dinslakener Gedenkveranstaltung am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. „Erinnern für die Zukunft“ lautete das Motto, dem wir uns verpflichtet fühlen.

Darüber hinaus findet von Anfang an jeden Montag am Rathaus eine Mahnwache von 19 – 20 Uhr angesichts der sogenannten „Montagsspaziergänger“ statt.

Von Anfang an war der Zweck des Bündnisses also nicht caritativer, sondern gesellschaftspolitischer Natur. Daher hat es uns völlig überrascht, dass die Dinslakener Stadtverwaltung das Bündnis „beauftragt“ habe, eine Spendenaktion zu unterstützen – zumal, ohne dass detaillierte Informationen vorlagen.

Wir stellen fest:

1. Das Dinslakener Bündnis ist kein eingetragener Verein mit gewähltem Vorstand o.ä., sondern ein loser Zusammenschluss engagierter Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichsten Bereichen unserer Stadt.
2. Wir sind kein verlängerter Arm der Stadtverwaltung – dies bedeutet keine Ablehnung von handelnden Personen, aber wir können genauso wenig von der Stadt zu einer Aktion angewiesen oder beauftragt werden, wie andere Privatpersonen oder Zusammenschlüsse auch.
3. An der Wichtigkeit von Hilfen für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien besteht kein Zweifel. Alle Bürgerinnen und Bürger, die in dieser Hinsicht

bereits aktiv geworden sind, haben unseren vollen Respekt. Das Leid der Menschen in den Erdbebenregionen berührt uns sehr.

4. Wir sind aber kein caritativer oder wohltätiger Verein – dies übersteigt unsere Kapazitäten, da wir ein ehrenamtlicher Zusammenschluss zu einem ganz anderen Zweck sind. Aus diesem Grunde wollten wir in Ruhe überlegen, wie wir mit dieser Anfrage umgehen.

Dazu gehörte die Klärung der Fragen, wie der weitere Ablauf von Spendentransporten aussähe, welche weiteren Organisationen eingebunden würden etc.. Offensiv für eine Spendenaktion zu werben, über die man selbst keine konkreten Informationen hat – wer würde dies im Privatleben denn selbst tun?

5. Das Vorgehen bzw. die Anklage von Frau Zorlu irritiert uns sehr. Ursprünglich war geplant, bis zum nächsten Bündnis-Treffen am 10.03.2023 die offenen Fragen zu klären, dann eine Entscheidung zu treffen. Dass ein so schwerwiegender Vorwurf an die Öffentlichkeit transportiert wurde, erübrigt wohl unsere weitere Informationsfindung.
6. Eine Meldung des Dinslakener Bündnis an die Antidiskriminierungsstelle macht das Miteinander schwierig, wir halten den Vorwurf auch für inhaltlich absolut falsch.

Wir weisen die Anschuldigungen der AWG auf das Deutlichste zurück.

Dinslaken, den 07.03.2023

Das Team des Dinslakener Bündnis